

DER PRÄSIDENT DES BUNDESRAATES

Abschrift

Bonn, den 6. Juni 1952

An den  
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses  
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates  
Herrn Bundestagsabgeordneten Kiesinger

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 86. Sitzung  
am 6. Juni 1952 beschlossen hat, hinsichtlich des vom Deutschen  
Bundestage am 15. Mai 1952 verabschiedeten

Gesetzes zur Einfügung eines Artikels 120 a  
in das Grundgesetz

- Nrn. 3334, 3360 der Drucksachen -

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77  
Absatz 2 des Grundgesetzes einberufen wird mit dem Ziel, Artikel  
120 a Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

„(1) Die Gesetze, die der Durchführung des Lastenausgleichs dienen,  
können mit Zustimmung des Bundesrats bestimmen, daß sie  
auf dem Gebiete der Ausgleichsleistungen teils durch den Bund,  
teils im Auftrage des Bundes durch die Länder ausgeführt  
werden und daß die der Bundesregierung und den zuständigen  
obersten Bundesbehörden auf Grund des Artikels 85 insoweit  
zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise dem Bundesaus-  
gleichsamt übertragen werden. Das Bundesausgleichsamt bedarf  
bei Ausübung dieser Befugnisse nicht der Zustimmung des  
Bundesrates; seine Weisungen sind an die obersten Landesbe-  
hörden zu richten.“

**Begründung:**

Die Notwendigkeit, Weisungen im Sinne des Artikel 85 des Grund-  
gesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen, kann nur  
für die Ausgabenseite des Lastenausgleichs anerkannt werden. Deshalb  
ist es erforderlich, daß in dem Text von Artikel 120 a ausdrücklich  
auf diese Beschränkung hingewiesen wird; sie kommt mit den Worten  
„auf dem Gebiete der Ausgleichsleistungen“ zum Ausdruck.

Da die Länder den Lastenausgleich als Auftragsangelegenheit des  
Bundes durchführen, müssen sie Wert darauf legen, daß diese  
Weisungen nur an die obersten Landesbehörden gerichtet werden  
können.

gez. Kopf

Bonn, den 6. Juni 1952

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Vorstehende Abschrift wird mit Bezug auf das dortige Schreiben  
vom 20. Mai 1952 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Kopf